



Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

40. Sitzung (öffentlich)

14. Mai 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

17:55 Uhr bis 18:25 Uhr

Vorsitz: Thorsten Schick (CDU)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Digitalisierung wirtschaftsbezogener Verwaltungsleistungen 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9007

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss zeigt sich mit dem Vorschlag Florian Brauns (CDU) einverstanden, auf eine Anhörung zu verzichten und auf die Voten der mitberatenden Ausschüsse sowie auf die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zu warten, um dann in der Sitzung am 18. Juni 2020 abschließend über den Gesetzentwurf zu beraten und abzustimmen.

2 Nachhaltige Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen 6

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7758

Ausschussprotokoll 17/927 (Anhörung vom 04.03.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

3 Fair geht mehr: Digitale Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen! 8

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8423

Schriftliche Anhörung
Stellungnahme 17/2497
Stellungnahme 17/2498
Stellungnahme 17/2501
Stellungnahme 17/2509

– Wortbeiträge

4 Forschungskompetenz in den Bereichen Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung muss in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben 11

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8099

Schriftliche Anhörung
Stellungnahme 17/2343 – 2. Neudruck
Stellungnahme 17/2356
Stellungnahme 17/2443 (zusätzliche Stellungnahme)

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion abgelehnt.

5 Verschiedenes

13

hier: **Herausgabe von Pressemitteilungen während einer Anhörung**

* * *

4 Forschungskompetenz in den Bereichen Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung muss in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8099

Schriftliche Anhörung
Stellungnahme 17/2343 – 2. Neudruck
Stellungnahme 17/2356
Stellungnahme 17/2443 (zusätzliche Stellungnahme)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation – federführend –, den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, den Wissenschaftsausschuss sowie den Ausschuss für Europa und Internationales am 19.12.2019; Ablehnung durch AWEL und AEI)

Sven Werner Tritschler (AfD) plädiert dafür, trotz des noch ausstehenden Votums des Wissenschaftsausschusses in der laufenden Sitzung abzustimmen.

Der Antrag der AfD-Fraktion zielt auf einen Wiedereinstieg in die Kernenergieforschung. Zum Zeitpunkt des Beschlusses über den Atomausstieg in Deutschland sei noch davon ausgegangen worden, dass Kohle als Energielieferant erhalten bliebe und diese Lücke füllen könnte. Aus politisch-ideologischen Gründen habe sich Deutschland nun als einziges größeres Industrieland dafür entschieden, aus beiden Energieträgern auszusteigen, ohne über besondere andere Energiequellen zu verfügen. Das mache den Strom nicht nur immer teurer – Deutschland habe mittlerweile weltweit einen der höchsten Strompreise –, sondern die Versorgung werde zusehends auch immer unzuverlässiger, was ironischerweise wiederum Stromimporte aus Ländern zur Folge habe, die nach wie vor auf Kernenergie setzten.

Nicht nur die AfD habe erkannt, dass Deutschland sich in eine energiepolitische Sackgasse manövriere, sondern auch aus Union und FDP mehrten sich die Stimmen, die auf eine Kehrtwende drängten.

Weltweit befinde sich die Kernenergie keinesfalls auf dem Rückzug, wie dies einer der Sachverständigen in der schriftlichen Anhörung darzustellen versucht habe. Die Schwellenländer setzten vielmehr massiv auf diese Energiequelle.

Deutschland – auf diesem Sektor einst führend – habe sich aus politischen Erwägungen nicht nur aus der Stromerzeugung aus Kernenergie verabschiedet, sondern auch weitestgehend aus der Forschung, bei der nun China, Südkorea und Russland den Ton angäben. Damit verliere Deutschland auch seinen Einfluss auf die Sicherheitsforschung.

Bei der Kernenergietechnik des 21. Jahrhunderts handele es sich nicht mehr um die Technologie der 50er- und 60er-Jahre. Der Sachverständige Klute lege in seiner Stellungnahme sehr ausführlich dar, dass inzwischen inhärent sichere Reaktoren

existierten. Außerdem ständen Reaktortypen zur Verfügung, die den in alten Reaktoren entstandenen sogenannten Atommüll verwerten könnten, und Reaktoren, die gut mit dem schwankenden Anfall von Energie aus den sogenannten erneuerbaren Energien umgehen könnten.

Es gehe bei dem Antrag nicht um die Entscheidung, wieder in die Energieerzeugung aus Kernenergie einzutreten, sondern darum, in der Forschung international mitreden zu können.

Rainer Matheisen (FDP) meint, es gehe der AfD-Fraktion bei dem Antrag nicht allein um die Forschung, die auch seiner Fraktion wichtig wäre. Immerhin führe die AfD in ihrem Antrag auch die neuen, noch nicht ausgereiften Generation-IV-Reaktoren an, was zeige, dass es der AfD um mehr gehe. Es handele sich bei dem Antrag – auch in dem Wortbeitrag von Sven Werner Tritschler sei dies angeklungen – um einen durchsichtigen Versuch, den Automausstieg wieder rückgängig zu machen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion abgelehnt.